

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Peter Conradi MdB
zum Zwischenbericht
der Kroppenstedt-
Kommission: Nach Ber-
lin gehen die politi-
schen Funktionen.

Seite 1

Dagmar Luuk zur Not-
wendigkeit, die glo-
balen Amutswande-
rungen an der Wurzel
zu packen: Kluft zwi-
schen Nord und Süd
verringern.

Seite 2

Martin Weiss zum euro-
arabischen Parlamen-
tarier-Dialog in Lissa-
bon: Hoffnung auf
einen Erfolg in Madrid.

Seite 4

Bernd Reuter MdB zu
einem Fall im Petitions-
ausschuß des Parla-
ments: Die Probleme
der Behinderten.

Seite 5

46. Jahrgang / 209

31. Oktober 1991

Nach Berlin gehen die politischen Funktionen Zum Zwischenbericht der Kroppenstedt-Kommission

Von Peter Conradi MdB
Mitglied des Ältestenrats des Deutschen Bundestages

Der Zwischenbericht der Kroppenstedt-Kommission ist eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Die Regierung nimmt offensichtlich den Mehrheitsbeschluss des Bundestages vom 20. Juni 1991 ernst. Beim Bundestag ist das nicht so sicher. Erst vier Monate nach dem Beschluss beginnen die Kommissionen des Ältestenrats mit ihrer Arbeit. Von den sechs Monaten bis zum 31. Dezember 1991, an dem der Abschlussbericht vorliegen soll, hat der Bundestag vier Monate vertan.

Die drei Modelle für eine Abgrenzung des Kernbereichs der Regierungsfunktionen von den Aufgaben, die im Verwaltungszentrum in Bonn bleiben sollen, werden nicht lupenrein umsetzbar sein. Für einige Ministerien kommt die "Vertikal-Lösung", für andere die "Kopf-Lösung" oder das "Oberbehörden-Modell" in Frage. Einige Ministerien, die wenig mit dem Parlament zu tun haben, werden möglicherweise ganz in Bonn bleiben und nur ein Verbindungsbüro in Berlin unterhalten. Andere Ministerien sind so klein, daß man sie kaum teilen kann; sie werden vermutlich ganz nach Berlin ziehen.

Für die großen Ministerien ist das "Oberbehörden-Modell" sinnvoll: In Bonn werden Bundesverwaltungsämter des Innern, der Finanzen, des Äußeren usw. gebildet, die alle Verwaltungsaufgaben des Ministeriums übernehmen. Die Reisekostenabrechnung des 3. Botschaftsrates auf den Fidschi-Inseln, der Einkauf von Wollsocken für den Bundesgrenzschutz und die Steuerübersichten der Oberfinanzdirektion sind keine politischen Aufgaben. Sie sollen in Bonn bleiben. Nach Berlin gehen lediglich die politischen Funktionen.

Dieses Modell ist eine große Chance für die Regierung, den Verwaltungsballast der großen Ministerien abzutrennen. Dann gehen schlanke, bewegliche, politische Ministerien nach Berlin. Eine solche Schlankheitskur täte vielen Ministerien gut.

Der Zwischenbericht sagt nichts über die Umzugstermine. Im Ältestenrat hat der Bundeskanzler dazu erklärt, das Parlament müsse die Termine setzen. Das ist richtig. Berlin und Bonn haben einen Anspruch, bald zu wissen, woran sie sind. Nicht nur Berlin, auch Bonn braucht sichere Planungstermine. Wie sollen Stadt und Region Bonn, wie soll das Land Nordrhein-Westfalen Ausgleichsmaßnahmen planen, neue Nutzer und Investoren gewinnen, wenn niemand weiß, wann Bundestag und Bundesregierung umziehen?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Umweltsystem
mit wertvoller Rohstoffe
Recycling-Papier



Steht der Umzugstermin einmal fest, dann wird innerhalb der Bundesbehörden in Bonn eine neue Orientierung einsetzen: Die älteren Beamten und Angestellten werden überwiegend in Bonn bleiben wollen, zumal viele dort Häuser oder Wohnungen besitzen. Die jungen, ehrgeizigen Beamten, die noch keine festen Bindungen in Bonn haben, werden hingegen nach Berlin drängen, weil dort politische Aktionen, Bewegung, neue Herausforderungen und damit Aufstiegschancen winken. Eine von Verwaltungsaufgaben abgespeckte Regierung mit jüngeren Beamten - das ist fast zu schön um wahr zu werden.
(-/31. Oktober 1991/rs/fr)

Kluft zwischen Nord und Süd verringern

Zur Notwendigkeit, die globalen Armutswanderungen an der Wurzel zu packen

Von Dagmar Luuk

Sprecherin des Aktionskreises Nord-Süd der Berliner SPD

Deutscher Herbst 91: Ausländerhaß und Gewalt gegen Fremde beherrschen die Schlagzeilen, rechtsradikale Rabauken und Neonazis setzen sich in Szene, die Bonner Politik aber ist überfordert und taktiert mit Scheinlösungen. Gerade so, als könnte eine Grundgesetzänderung zum Asylrecht den Kollaps im Osten aufhalten, die Armut im Süden lindern und die Ströme der Asylbewerber von den deutschen Grenzen fernhalten. Deutsches Politidyll anno 91, jenem Jahr, das durch den Exodus der Kurden und Schiiten, durch die Bürgerkriege in Jugoslawien, Äthiopien, Liberia, Somalia und durch die Wirtschaftsmisere in Albanien zum Jahr der größten Fluchtwelle seit dem Zweiten Weltkrieg geworden ist.

Keine Frage, denn das Wahlbarometer hierzulande zeigt deutliche Ausschläge: die "Angst im Boot" ist da, mit ihr wird Politik gemacht durch Übertreibung und Stammtischparolen, durch den Versuch, Hysterie zu schüren. Der Blick für die Realität geht dabei verloren, Politik wird perspektivlos und gerinnt zu einem Krisenmanagement auf dürtligstem Niveau.

Realität ist, daß die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik sich erhöhen wird. Nicht dramatisch, aber, so die Schätzungen, sie wird sich im laufenden Jahr um rund 30.000 auf 220.000 erhöhen. Der Strom vom Balkan wird zunehmen, auch der aus Rumänien, und, es sei beklagt, das Nato-Mitglied Türkei wird auch im laufenden Jahr das drittstärkste Kontingent der Asylbewerber stellen.

Und doch ist all dies nur eine Seite der Realität, die Seite, die sich gelegentlich auch dem Normalbürger offenbart. Der anderen Seite der Realität wird im politischen Tagesgeschäft fatalerweise viel weniger Aufmerksamkeit gewidmet, obwohl sie weitaus dramatischer ist.

Tatsache ist nämlich, daß der Graben zwischen der Ersten und der Dritten Welt sich weiter vertieft hat. Die Hoffnungen, daß mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sich auch die Kluft zwischen Nord und Süd einebnen ließe, haben bislang getragen. Wurden 1980 von den Vereinten Nationen 31 Länder zu den am wenigsten entwickelten Regionen gezählt, so muß die nächste Bilanz der UNO von 48 "Least Developed Countries" ausgehen. Die Entwicklungsländer werden durch den Schuldendienst weiter stranguliert, noch immer fließt mehr Kapital aus der Dritten in die Erste Welt als umgekehrt, noch immer wird Entwicklungshilfe als Pflichtübung mit Almosencharakter betrachtet denn als Hilfe zur Selbsthilfe. Der "Welt"-Handel wird mehr und mehr zur Einbahnstraße von Nord nach Süd, und die Deutschen als Exportweltmeister rangieren mit einer Entwicklungshilfe, die beschämende 0,45 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmacht, unter dem letzten Drittel der Industriestaaten.

Wie hauchlerisch eine Politik, die unter diesen Konditionen in dem Chor jener mitsingt, die eine neue Weltordnung intonieren und die längst überfällige Reform des Welthandels weiter ausklammern wollen. Und wie verlogen sind jene politischen Akteure, die in Sonntagsreden die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte propagieren und im politischen Alltag den Status quo in der Nord-Süd-Politik zementieren wollen und die mit dieser Politik die Risiken verschärfen, statt sie zu reduzieren.

Tatsache ist, daß von der Phase der Entspannung zwischen Ost und West die Dritte Welt ausgenommen war. Die dort herrschende Armut hat die Spirale der Gewalt verstärkt, dort haben sich die regionalen Konflikte vermehrt, dort hat sich die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen verachtstacht auf rund 30 Millionen Menschen, 80 Prozent von ihnen sind Frauen und Kinder. Neun von zehn dieser Flüchtlinge leben in der Dritten Welt, campieren in Lagern oder unter freiem Himmel, vegetieren dahin. Millionen von Schilten und Kurden nach ihrer Massenflucht aus dem Irak, Millionen am Horn von Afrika, Hunderttausende in Pakistan und Afghanistan. Die Aufmerksamkeit der Medien schwenkt sofort zum nächsten Massenexodus, die vorletzten Schreckensbilder werden alsbald vergessen, zurück bleibt eine Region des Elends mit einer hoffnungslos überforderten Administration. Die Erste Welt aber verweigert sich, läßt den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) gewähren - und läßt ihn allein. Die Finanzlage der UNHCR ist katastrophal, die Zuwendung für die gewaltige Aufgabenstellung dieser Organisation ist beschämend. Und die Bundesrepublik steht mit am Ende in der Skala der Spender-Nationen.

Die Horrorszenarien indessen sind längst entworfen. Der reiche und untätige Norden sieht die Immigrantenströme aus der Dritten Welt gegen seine Grenzen anbranden, die Überfremdungängste mobilisieren die Stammtische, "Grenzen dicht", heißt die Parole. In der Praxis wie jüngst in Bari heißt das "Knüppel frei". Mit dem Einsatz von Soldaten und Polizei aber ist die Armutswanderung nicht zu stoppen. Wer so verfährt wendet sich gegen die Flüchtlinge, nicht gegen die Ursachen der Fluchtbewegung.

Und mittendrin das "einig Vaterland", in dem sich Fronten auf tun. Unsere Politik aber darf sich intellektuell nicht auf die Lösung der eigenen, zweifellos komplizierter gewordenen Probleme beschränken. Der kluge Satz nämlich, daß Teilung nur durch Teilen aufgehoben werden kann, ist nicht eindimensional, national zu sehen. Das wäre einäugig, und mit solcher Einäugigkeit würde der Wähler getäuscht, und auch dies nur für kurze Zeit.

Globales Problem bleibt der Nord-Süd-Gegensatz. Die politische Aufgabenstellung hat sich also nicht geändert. Und diese Aufgabenstellung legt den Industrieländern die Verpflichtung auf, gemeinsam mit den Entwicklungsländern zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Dritten Welt beizutragen. Die Armut muß vor Ort bekämpft werden. Sie wird nicht aus der Welt geschafft, wenn Grenzen dichtgemacht oder in Sammelagern Sozialhilfe gewährt wird.

(-/31. Oktober 1991/rs/fr)

Hoffnung auf einen Erfolg in Madrid
Zum euro-arabischen Parlamentarier-Dialog in Lissabon

Von Martin Weiss *

Über 100 Parlamentarier aus 15 europäischen und 14 arabischen Ländern trafen sich vom 25.-28. Oktober 1991 in Lissabon zum ersten Euro-Arabischen Parlamentarier-Dialog nach dem Golfkrieg.

Die Konferenz, die gemeinsam von der Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Zusammenarbeit (PVEAZ) und von der Arabischen Inter-Parlamentarischen Union ausgerichtet wurde, fand im portugiesischen Parlament unter Leitung des Parlamentspräsidenten Victor Cresco statt. Sie wurde eröffnet mit Reden von dem italienischen Senator Michele Achilli, einem der Vorsitzenden der PVEAZ, von Abel Matutes, dem EG-Kommissar für Mittelmeerpolitik, von Esmat Abdel Meguid, dem Generalsekretär der Arabischen Liga, und von Joao De Deus Pinheiro, dem Außenminister von Portugal.

Erstmals auf einer Konferenz des euro-arabischen Parlamentarier-Dialoges gab es eine größere deutsche Delegation, bestehend aus den Abgeordneten Katrin Fuchs und Otto Schily von der SPD, Editha Limbach und Joachim Hörster von der CDU und Vera Wollenberger von den Grünen/Bündnis 90. Als deutscher Europa-Parlamentarier war Siegbert Alber von der CDU anwesend, der Vizpräsident des Europäischen Parlaments.

Die Tagesordnung der Konferenz reichte von der Diskussion über die Konsequenzen aus dem Golfkrieg, den Rüstungswettlauf im Nahen Osten und der Notwendigkeit der Abrüstung, die Situation des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten, bis hin zum Vorschlag der Schaffung einer europäisch-arabischen Universität.

Wie nicht anders zu erwarten am Vorabend der Madrider Konferenz, ging es in allen Diskussionen immer wieder um die Chancen dieser so lang ersehnten Konferenz. Trotz mancher offenen ausgesprochenen Differenzen auf arabischer Seite, - bei der Anwesenheit von Vertretern so gegensätzlicher Länder wie Irak und Kuwait eine normale Sache - war man sich in einem Punkt einig: Die nun beginnende Konferenz in Madrid, in der zum ersten Mal alle Konfliktparteien an einem Tisch sitzen werden, ist die historische Chance, die den Beginn eines Friedensprozesses im Nahen Osten einleiten könnte und die trotz aller Skepsis und des noch lange nicht abgebauten Mißtrauens von allen Betroffenen unterstützt werden sollte.

Praktisch alle Redner gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß keine Seite der Konfliktparteien sich von möglichen Störversuchen radikaler Elemente beeinflussen lassen sollte und daß die Konferenz ein Einstieg in substanzielle Friedensverhandlungen werde. Mehrfach wurde von den arabischen Parlamentariern betont, daß man in der arabischen Welt zunehmend Europa als einen wichtigen Vermittler im Friedensprozeß ansieht und daß man sich erhofft, daß Europa im Laufe der Verhandlungen eine größere Rolle spielen werde.

Weitgehende Einigkeit herrschte zwischen Europäern und Arabern in der Bewertung der Ausgangslage und der Erwartungen an Madrid. Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser war dabei ebenso umstritten wie das Recht aller Länder einschließlich Israels, in sicheren Grenzen zu leben. Ebenso unstrittig war das Prinzip "Land für Frieden" wie die Forderung, daß Schluß sein sollte mit dem "double standard", das heißt mit der unterschiedlichen Befolgung von eindeutigen UN-Resolutionen. Immer wieder wurde an die ausstehende Umsetzung der UN-Resolutionen 242, 338 und 425 erinnert. Hauptforderung dabei ist, daß sich Israel aus den von ihm besetzten Gebieten in der Westbank, dem Gaza-Streifen, dem Golan und dem Süd-Libanon zurückziehen hat.

* Der Autor nahm als Berater für die deutsche Delegation an der Konferenz teil

Auch wenn die arabischen Maximalforderungen als Ausgangsposition für die Verhandlungen klar formuliert wurden, gab es doch auch Zeichen der Einsicht, daß im Lauf der Verhandlungen wohl alle Seiten Kompromisse einzugehen hätten. Eine Vertreterin der PLO konnte sich so auch durchaus konföderale Denkmodelle für ein Zusammenleben der verschiedenen Völker vorstellen, die stark an das schweizerische Modell einer sehr weitgehenden Kantonalisierung erinnerten.

Weitgehende Einigkeit bestand auch in der Forderung nach einem Stop der weitergehenden Aufrüstung der Region. Im Vordergrund stand dabei vor allem die Ächtung von Massenvernichtungsmitteln. Die deutsche SPD-Abgeordnete Katrin Fuchs machte den Vorschlag, daß alle europäischen Staaten zumindest für die Zeit der Friedensverhandlungen keinerlei Waffen mehr in den Nahen Osten liefern sollten. Dieser Vorschlag eines Waffenexport-Moratoriums, der deutlich aufzeigte, welche Mitschuld gerade Europa für den Rüstungswettlauf im Nahen Osten hat, wurde allgemein begrüßt und auch in die Schlußerklärung aufgenommen.

Etwas zu kurz kamen auf der Konferenz neben der Israel-Palästina-Frage alle anderen Probleme der arabisch-islamischen Welt zwischen Mauretanien und Pakistan. Der deutsche SPD-Abgeordnete Otto Schily wies dann auch zu Recht darauf hin, daß es noch eine ganze Reihe von Konflikten gibt, die seit Jahren auf Lösung warten.

Insgesamt war der diesjährige Euro-Arabische-Parlamentarier-Dialog ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Annäherung der Europäer und der Araber in Richtung einer besseren Zusammenarbeit. Das persönliche Kennenlernen von Parlamentariern ist dabei von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Gerade in der momentanen Phase der aktuellen Friedensbemühungen wird es immer wichtiger, daß sich auch in den Parlamenten die Politiker besser kennen- und verstehen lernen.

Dies gilt in erster Linie für den Austausch zwischen Europäern und Arabern, nicht minder aber innerhalb des europäischen Lagers. Europa wird künftig im Nahen Osten nur dann eine wichtigere Rolle spielen können, wenn auch auf parlamentarischer Ebene Partikularinteressen zurückgestellt werden und für alle Europäer politisch durchsetzbare nahostpolitische Vorstellungen entwickelt werden.

(-/31. Oktober 1991/rs/fr)

Die Probleme der Behinderten

Zu einem Fall im Petitionsausschuß des Parlaments

Von Bernd Reuter MdB

Mitglied des Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages

Erfolglos blieb die Petition eines Rollstuhlfahrers, der sich für eine Erweiterung des Begriffs "Blindenführhund" auf Behindertenbegleithund einsetzte und erreichen wollte, daß ein solcher, besonders ausgebildeter Begleithund auch Behinderten im Rollstuhl zugebilligt wird.

Tatsächlich wirft der Gebrauch eines Rollstuhls viele Probleme und Hindernisse auf, bei denen der Begleithund behilflich sein kann. Der Begleithund kann einen heruntergefallenen Hausschlüssel aufheben, den der Rollstuhlfahrer selbst nicht erreichen kann. Versperrt eine Tür den Weg, kann der Hund sie aufhalten und der Rollstuhlfahrer kann durchfahren.

Ein weiteres Beispiel: Der Rollstuhlfahrer steht vor einem Geldinstitut oder jedem beliebigen anderen Geschäft, vor dem aus architektonischen Gründen Stufen angebracht sind. Nun

drängelt sich der gut kenntlich gemachte Begleithund hinein und "meldet". Die Angestellten wissen dadurch, daß ein Rollstuhlfahrer vor der Tür steht, gehen hinaus und bedienen ihn.

Darüber hinaus wirkt sich der Besitz eines solchen Tieres allgemein positiv auf das Befinden der behinderten Menschen aus. Zu nennen sind hier die aus dem Besitz des Hundes folgende Notwendigkeit, die Wohnung zu verlassen und unter Menschen zu gehen sowie das Selbstvertrauen, das aus der Verantwortung für ein Tier erwächst.

Die Bundesregierung allerdings war ganz anderer Meinung: Stellungnahmen des Bundesgesundheits- und Bundesarbeitsministeriums legten dar, daß im Gegensatz zu einem Blindenführhund, der es den Blinden ermögliche, auch unbekannte Wegstrecken zurückzulegen, der Rollstuhlfahrbegleithund nicht dazu diene, eine Behinderung auszugleichen. Auch könne der Hund zwar eine gewisse Schutzfunktion für den Behinderten darstellen, es gäbe jedoch effektiver wirkende und zudem auch preiswertere Möglichkeiten der Selbstverteidigung.

Unerfindlich bleibt allerdings, welche effektiveren Mittel zur Selbstverteidigung einem Rollstuhlfahrer angesichts der Tatsache zur Verfügung stehen sollen, daß nicht jeder die Voraussetzungen zum Erwerb eines Waffenscheins hat. Auch kann es wohl nicht angehen, daß Behinderte auf diese Weise zum Schußwaffengebrauch oder zum Einsatz anderer Waffen angehalten werden!

Tatsächlich ist die Argumentation des Petenten einleuchtend, daß nämlich im weiteren Sinne doch von einem Ausgleich der Behinderung gesprochen werden kann. Dementsprechend lautet die Empfehlung des Ausschußdienstes, die Petition der Bundesregierung zu überweisen und darüber hinaus den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, da sie eine wertvolle Anregung für eine parlamentarische Initiative sein könnte.

Als Berichterstatter seitens der SPD-Fraktion konnte ich mich diesen Ausführungen ohne Bedenken vollinhaltlich anschließen. Die Gruppe der CDU/CSU-Fraktion dagegen sah das ganz anders und beschloß, die Petition sei abzulehnen. Aus der Begründung für diese Ablehnung hier nur ein Zitat, das zeigt, daß die Volkvertreter der CDU/CSU die Realitäten in unserem Lande nicht kennen: "Der Hinweis, öffentliche Gebäude seien behinderteneindlich, kann nicht durch die Forderung nach einem Behindertenbegleithund, sondern muß durch entsprechende bauliche Auflagen verhindert beziehungsweise behoben werden."

Sollte die Bundesregierung nun doch ein umfangreiches Sofortprogramm zum behindertengerechten Umbau aller öffentlichen Gebäude dieses Landes aufgelegt haben? Ich habe davon bisher noch nichts bemerkt.

(-/31. Oktober 1991/rs/fr)
